

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 26

Sonntag, den 28. Juni

1914

## Der Jahresbericht unseres Verbandes.

Soeben ist der Jahresbericht unseres Verbandes für 1913 erschienen. Mehr denn je dürften die Mitglieder auf sein Erscheinen gespannt gewesen sein; soll er uns doch die nötige Aufklärung darüber geben, ob das, was bereits in Heidelberg über die Lage des Verbandes auch für die erste Zeit des Jahres 1913 gesagt worden ist, zutreffend war oder nicht. Der Bericht bietet für den, der sehen und lernen will, eine Fülle von Material, so daß wohl kaum einer unserer Jahresberichte für die Geschichte des deutschen Tabakarbeiterverbandes so wertvoll ist wie der für 1913. Allerdings zeigt der Bericht keinen Höhepunkt des Verbandes, indem die Ergebnisse nicht in allen Fällen an die der vorhergehenden Jahre heranreicht, aber zum Trübsalblasen liegt noch lange keine Ursache vor. Gerade das Jahr 1913 hat in mehr als einer Hinsicht bewiesen, daß trotz allen Ungemachs ein unwürdiger Kern in unserer Organisation liegt, der uns mit Selbstverständlichkeit die Garantie gibt, daß unser Verband selbst durch die schlimmsten Krisen nicht umzubringen ist, daß in ihm die Kraft liegt zu neuem Aufstieg.

Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß Krisen ihren Niederschlag finden auf die gewerkschaftlichen Organisationen. Wir meinen die Depression in der Tabakindustrie, speziell in der Zigarrenbranche war furchtbar genug, eine ungünstige Wirkung auf unser Verbandsleben ausüben zu können. Die Mitgliederzahl ist erheblich gesunken. Wir hatten am Schlusse des Jahres 1912 37 211 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1913 nur noch 31 713. Wir wollen uns durchaus klar sein darüber, daß das ein erheblicher Rückgang ist und daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, ihn durch Gewinnung neuer Mitglieder wieder auszugleichen zu machen; aber dieser Rückgang ist nicht nur aus den Vorgängen des Jahres 1913, sondern auch aus dem vorhergehenden Jahre zu erklären. Uebrigens geht es ja auch den übrigen Organisationen unserer Industrie nicht besser; was allerdings nicht hindern soll, mehr als je alle Kräfte anzuspannen. Eins ist aber mit Genugtuung zu konstatieren: Es ist vielfach angenommen worden, daß infolge der Heidelberger Beschlüsse die Mitglieder scharenweise den Verband verlassen würden; das ist nicht eingetreten. Im 3. Quartal 1913, also zu einer Zeit, als die Heidelberger Beschlüsse schon in Wirksamkeit getreten waren, sind wenig mehr Austritte erfolgt, als in den drei vorhergehenden Quartalen. Ueberhaupt sind im Jahre 1913 verhältnismäßig nicht mehr Austritte erfolgt als in vorhergehenden Jahren auch; die geringere Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1913 ist in der Hauptsache ein erhebliches Minus an Neueingetretenen. Die Fluktuation in unserem Mitgliederbestande ist noch recht groß; wenn dann einige tausend Mitglieder weniger aufgenommen werden, der Abgang aber derselbe bleibt, so ist der Rückgang erklärlich. Da aber die Agitation im Jahre 1913 ebenso lebhaft gewesen ist wie in anderen Jahren, muß nach einer Ursache für die Verminderung der Neuaufnahmen gesucht werden. Und da unterliegt es keinem Zweifel, daß es die geschäftliche Depression in der Zigarrenindustrie ist, die hier die Hauptschuld hat, daß der Verband mit einem geringeren Mitgliederbestande von 5 498 abschließt. Daß wir, wie Organisationen aus anderem Lager, irgend etwas verschleiern, kann uns nicht einfallen und ist auch nie bei uns vorgekommen. Nur wenn die Wahrheit allen bekannt ist, findet sich der rechte Weg zum Fortschritt, wie es auch in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung selbstverständlich neben dem Auf auch einmal ein Ab für kurze Zeit geben kann. Wir betonen aber nochmals: An der inneren Kraft des Verbandes ist kein Rückgang eigentlich zu verspüren.

Auffällig ist, daß der Verlust an männlichen Mitgliedern absolut und verhältnismäßig größer ist als bei den weiblichen. Wir hatten am Schlusse 1912 18 053 weibliche Mitglieder, am Schlusse 1913 jedoch 15 449, so daß an dem Gesamt-rückgang von 5 498 die weiblichen Mitglieder nur mit 2 604 beteiligt sind. Daß mag seine Aufklärung darin finden, daß die Krise besonders in Nordwestdeutschland wütete, also dort, wo die Männerarbeit noch stark vertreten ist. Hier sind die Männer durch Verlegung der Betriebe oder durch weibliche Arbeitskräfte stark aus dem Berufe verdrängt worden. Interessant zu beobachten ist, wie sich die Mitgliederverluste und Zunahme auf die einzelnen Branchen verteilt. Die Zigarrenbranche hat 6011, die Skatatabakbranche 114, die Rauchtaktabakbranche 17 Mitglieder weniger, dagegen stieg die Zahl der Mitglieder aus der Zigarettenbranche um 567, aus den übrigen Branchen um 77. Wir meinen, die vorstehende Detailierung bringt den deutlichen Beweis, daß der Geschäftsgang die Mitgliederbewegung sehr stark beeinflusst hat.

Es braucht wohl nicht weiter auseinandergesetzt zu werden, daß bei schlechtem Geschäftsgang Zahl und Umfang der wirtschaftlichen Kämpfe leiden muß, das weiß eben

jeder Gewerkschaftler. Auch unser Verband hat dem wirtschaftlichen Niedergang Rechnung tragen müssen. Daß die Unternehmer trotz der Krise nicht größere Versuche zur Lohnherabsetzung unternommen haben, ist Beweis genug, daß unser Verband trotz alledem als eine Macht angesehen wird, mit der gerechnet werden muß. Unser Verband hat im Jahre 1913 147 Kämpfe geführt, es kamen dabei in Betracht 500 Betriebe mit 13 675 beschäftigten (davon 9 885 weiblichen) Arbeitern. Direkt beteiligt an diesen Kämpfen waren 11 008 Arbeiter, davon waren 7 793 weibliche. Wenn eine Organisation in so schweren Zeiten noch über ein Viertel seiner Mitglieder in den Kampf schicken kann, muß es doch um ihre innere Kraft recht gut stehen. Freilich waren nicht alle Bewegungen mit Arbeitseinstellungen verbunden, doch ist es ja auch nicht nötig, es kann sich allerdings unvorhergesehen oft ein Kampf entspinnen. Womit wir sagen wollen, daß der Verband also durchaus nicht bange war. Von den Unruhen ohne Streik hatten 59 in 103 Betrieben mit 1 041 Beschäftigten und 846 Beteiligten einen vollen Erfolg; 51 in 124 Betrieben mit 9 768 Beschäftigten und 8 008 Beteiligten einen teilweisen Erfolg, dagegen war ein Mißerfolg in 1 Falle in 1 Betrieb mit 19 Beschäftigten und 3 Beteiligten zu verzeichnen. Angriffsbewegungen mit Streik fanden 2 statt, davon endeten 1 mit 3 Beteiligten mit teilweisem, und 1 mit 6 Beteiligten ohne Erfolg. Abwehrbewegungen ohne Streik fanden 27 statt; es endeten 20 in 54 Betrieben mit 1 867 Beschäftigten und 1 276 Beteiligten mit vollem, 4 in 203 Betrieben mit 349 Beschäftigten und 321 Beteiligten mit teilweisem, und 3 in 5 Betrieben mit 273 Beschäftigten und 265 Beteiligten ohne Erfolg. Von den Abwehrbewegungen mit Streik endeten 2 in 2 Betrieben mit 69 Beschäftigten und 69 Beteiligten mit vollem, 2 in 2 Betrieben mit 56 Beschäftigten und 35 Beteiligten ohne Erfolg. Von den Ausperrungen verliefen 2 in 2 Betrieben mit 198 Beschäftigten und 158 Beteiligten günstig, und 1 in 2 Betrieben mit 23 Beschäftigten und 18 Beteiligten ungünstig. Nach gewissenhafter Schätzung wurden für 8 687 Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnerhöhungen erzielt von wöchentlich 9 406 M. Außerdem wurde für 1 267 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit von insgesamt 3 464 Stunden pro Woche erzielt. Schließlich konnten noch die Verbesserungen hinzu, die sich nicht zahlenweise aufzählen lassen, wie z. B. Verbesserung der sanitären Verhältnisse, Gewährung von Ferien, besseres Material usw. Sind die Erfolge auch nicht großartig und sind unsere Wünsche natürlich noch lange nicht erfüllt, so kann sich die Tätigkeit unseres Verbandes auf diesem Gebiete in Anbetracht der Krise sehr wohl sehen lassen.

Leider ist es in den Taribewegungen im vergangenen Jahre nicht vorwärts gegangen. Am Schlusse des Jahres 1912 bestanden 270 Tarife für 1054 Betriebe und 6 195 Arbeiter, Ende 1913 waren es 269 Tarife für 931 Betriebe mit 6 175 Arbeitern. Auch hier ist, soweit die Zigarrenbranche in Frage kommt, der Einfluß der ungünstigen Konjunktur deutlich zu bemerken.

Ist nun die Mitgliederzahl verhältnismäßig stark zurückgegangen, so ist das von den Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen glücklicherweise nicht zu sagen. Während im Jahre 1912 aus Beiträgen 817 282,25 M. eingenommen wurden, sind im Jahre 1913 doch 811 493,70 M. eingingen, also nur um ein geringes Weniger, als im Vorjahre. Das zeigt uns wieder, daß die innere Kraft des Verbandes gewachsen ist. So ist denn die Beitragsleistung nach zweierlei Richtung hin gestiegen: erstens sind pro Mitglied statt 22,53 im Jahre 1912 im Berichtsjahre 23,73 M. gezahlt worden, und zweitens sind 47,22 Wochenbeiträge gegen 46,70 im Jahre 1912 geleistet worden. Allerdings muß es in vielen Jahrestellen mit der Beitragsleistung noch bedeutend besser werden. Es ist Sache aller Verbandsfunktionäre, darauf zu halten. Die Gesamteinnahme stellt sich auf 993 052,85 M., die Ausgabe auf 880 254,27 M., so daß am Jahres-schluß ein Vermögensbestand von 112 798,58 M. vorhanden ist. In Heidelberg führten die unverhältnismäßig hohen Ausgaben für reine Unterstützungszwecke zu einer Reorganisation des Verbandes; wäre das nicht geschehen, so zeigt auch der Abschluß für 1913, wohin wir gekommen wären. Denn wenn schon im Jahre 1912 52 pZt. für reine Unterstützungszwecke ausgegeben wurden, so ist noch eine weitere Steigerung im Berichtsjahre zu sehen, indem dafür 62 pZt. ausgegeben worden sind. Erst durch die volle Wirkung der Heidelberger Beschlüsse, die ja im letzten Quartal 1913 noch nicht eintreten konnten, wird eine günstigere Wirkung, die natürlich unserer Kriegskasse zugute kommt, zu spüren sein.

An dieser Stelle die Verbandstätigkeit in allen Details, wie sie der Jahresbericht zeigt, zu besprechen, ist natürlich nicht möglich. Es lag uns daran, das Hauptgeschäftliche herauszuheben und im übrigen den Bericht zum fleißigen

Studium zu empfehlen. Was der Bericht uns sagt, wird allen Mitgliedern, die es mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit ernst nehmen, sagen: es war und ist zwar eine schwere Zeit für unseren Verband und seine Mitglieder, aber sie ist durchaus nicht hoffnungslos. Im Gegenteil läßt sich trotz alledem ein frischer, freudiger Mut schöpfen, der in wertvolle Arbeit umgesetzt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse heben muß, was ja der Zweck unseres Verbandes ist. Deshalb muß es aber auch für alle heißen: Die Segel gespannt und den Kompaß gerichtet!

## Sozialpolitischer Rückschritt.

Läßt die deutsche Regierung durch ihre Offiziere ihren sozialen Reformeifer preisen, so muß sie notgedrungen auch an den internationalen Konferenzen teilnehmen, die zur Besprechung gesetzgeberischer Maßnahmen für den Arbeiterschutz einberufen werden.

Als im Jahre 1890 — vor den Reichstagswahlen — der deutsche Kaiser in zwei Erlassen eine Sozialreform verhängte, die unter anderem auch eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit Erwachsener bringen sollte, setzte die organisierte Arbeiterschaft starken Zweifel in die Erfüllung dieser Ankündigung. Dafür wurde sie von verschiedenen Seiten schwer getadelt und ermahnt, den kaiserlichen Worten Vertrauen entgegenzubringen. Die Arbeiter wußten jedoch, daß die Unternehmerkreise einer wirklichen Sozialreform den stärksten Widerstand entgegenzusetzen würden. Das geschah denn auch, als 1891 die Gewerbenovelle im Reichstage eingebracht und vom damaligen Handelsminister v. Bülows vertreten wurde. Die Novelle wurde arg zerstückelt, die Zweifel der Arbeiter waren also beseitigt gewesen.

Seit jener Zeit hat die Regierung nie wieder einen Anlauf genommen, um die kaiserlichen Erlasse von 1890 endlich durch entscheidende Gesetze zu erfüllen. Vielmehr ist sie den Wünschen des ausbeuterischen Unternehmertums bereitwilligst nachgegeben. Und mußte wirklich einmal den drängenden Arbeitern eine kleine Konzession gemacht werden, dann geschah das unter Kautelen, die sie sehr problematisch machten.

Bis jetzt ist der gesetzliche Schutz jugendlicher Arbeiter nicht einmal im dringendsten Maße geregelt, geschweige denn der Schutz erwachsener Arbeiter. Wir haben die Haltung der deutschen Regierung scharf kritisiert, die sie in der letzten internationalen Konferenz bei der Frage des Schutzes für jugendliche Arbeiter eingenommen hatte. Die sozialreformistische deutsche Regierung sprach sich nämlich gegen das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiter vom 16. bis 18. Lebensjahre aus. Bedenkt man, daß diese Frage bereits die erste internationale Konferenz im Jahre 1890 beschäftigte, dann muß der Eifer der deutschen Regierung für soziale Reformen eher als ein solcher zur Verhinderung sozialer Reformen bezeichnet werden.

Am 3. September d. J. findet abermals eine internationale Konferenz in Bern statt. Natürlich kann die Regierung der großartigsten Sozialreform der Welt die Besichtigung der Konferenz nicht ablehnen, sie gibt daher bekannt, daß sie an der Konferenz teilnehmen wird. Es soll dort ein internationales Übereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter und über die Festsetzung der Höchstarbeitszeit für die in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter abgeschlossen werden.

Nach der Haltung der deutschen Regierung in der vorjährigen Konferenz ist auch diesmal nichts Gutes von ihr zu erwarten. Inzwischen hat das Scharfmachertum ebendies verlangt, daß mit der sozialpolitischen Gesetzgebung Schluß gemacht werde, und der Staatssekretär gegen Sozialreform, Delbrück, ist dem Verlangen bereitwilligst nachgegeben. Die Regierung läßt daher auch sofort mit der Mitteilung ihrer Beteiligung an der Konferenz verkünden, daß das beabsichtigte Übereinkommen für die deutsche Industrie keine Verschärfung der Schutzbestimmungen bringen wird. Die Weigerung der deutschen Regierung, das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren auszusprechen, hat also demnach zur Folge, daß das Verbot unterbleibt. Aber — wir marschieren trotzdem „an der Spitze der Sozialreform“.

Im Jahre 1890 traten die Vertreter der deutschen Regierung für das Verbot ein, jetzt, nach 24 Jahren, ist die Regierung gegen das Verbot. Wie haben wir es doch so herrlich weit — rückwärts gebracht!

Die Ursache für diese Wandlung sind die Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der alle Bedenkt, um eine Einschränkung der Ausbeutung der Arbeitskraft jugendliche Arbeiter zu verhindern. Es gibt



noch überhaupt keinen weiteren Grund gegen die Erweiterung des Arbeiterschutzes, als die rücksichtslose Profitmacherei auf Kosten der Arbeiter. Die Regierung nimmt wohl die größte Rücksicht auf die Profitmacher, dagegen nicht die mindeste auf die Arbeiter.

Die Jugend vor gesundheitsgefährlicher Ueberanstrengung zu bewahren, müßte eine der ersten Aufgaben staatlicher Gesetzgebung sein. Phrasen sind gerade genug über den Jugendschutz im Reichstage gebredelt worden, aber wenn es heißt, die schönen Worte in Laten umzusetzen, dann schweigen alle Mäuler.

Gelingt es auf der internationalen Konferenz nicht, noch Klauten gegen die Nachtarbeit zu schaffen, die trotz des Einspruchs arbeitserföndlicher Regierungen den Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren erweiterten Schutz bringen, dann ist den Profitmachern wieder auf Jahre hinaus freies Spiel gewährt. Sie dürfen sich bereichern auf Kosten der Volksgesundheit, und die Zukunft der ausgedehnten Jugend gefährden. Das nennt man dann in Deutschland Sozialreform.

Es geht doch nichts über diese soziale Heuchelei!

## Der Organisationszwang.

Wie man in unserer Zeit der kapitalistischen Konzentration sich noch feindselig gegen Arbeiterorganisationen stellen kann und am liebsten ihre Vernichtung sähe, das könnte schier unbegreiflich scheinen, wenn man eben nicht wüßte, wie die Profitgier jede großzügige Einsicht in die allgemeine Entwicklung verbaut und nur einseitig-egoistischen Neigungen Raum läßt. Organisiert sich die Kapitalistenklasse, schafft sie sich in Kartellen, Syndikaten, Trusts oder sonstigen Verbindungen Interessensvertretung, so muß es doch einleuchten, daß auch die Arbeiter Interessensvertretung haben müssen, sonst würde die Gesamtentwicklung eine Lücke aufweisen, die geschichtlich kaum zu begreifen wäre. Daß aber Arbeiterorganisationen frei von kapitalistischen Einflüssen sein müssen, ist ebenso selbstverständlich, und wenn die Arbeiter früher aufstanden und sich Organisationen schufen, ehe bestimmte Unternehmertreife sich organisierten, nun, so ändert das gar nichts an der Entwicklung des Gesamtbildes.

Die kapitalistische Produktion bedingt eine fortwährende Umwälzung aller Verhältnisse, sie läßt keinen Stein auf dem andern. Das Kapital tritt feindselig allem Hergebrachten gegenüber, wenn es einen technischen Fortschritt, eine Erfindung usw. dazu benutzen kann, neue Gewinne zu machen. Dann reißt es alle Schranken herkömmlicher Einrichtungen nieder und verfährt diktatorisch, schafft neue Einrichtungen, bricht Verträge, wirft Gesetze über den Haufen und zwingt alles in den Mann seiner neuen Aufmachung. Die Uebermacht des Neuen, das dem Alten den Krieg erklärt, steht ihm zu Gebote. Konterniert steht der Philister vor solcher Umwälzung, stemmt sich dagegen, wird aber mit fortgerissen und wird vor immer neue Tatsachen gestellt, die seinen Horizont übersteigen, weil er die rapid fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung nicht begreift.

Beschränkte Köpfe werden daher auch nicht begreifen, daß Arbeiterorganisationen, dieser Entwicklung entsprechend, Kampfcharakter haben müssen, wenn die Arbeiter nicht von der Diktatur des Kapitals völlig zermalmt werden sollen. Technische Fortschritte, neue Einrichtungen, verschärfte Konzentration der Produktion und des Handels schaffen auch neue Arbeitsverhältnisse, unter denen die Arbeiter neue Bedingungen stellen müssen, um nur einigermaßen ihre Existenz gegenüber dieser Umwälzung zu sichern. Ohne Kampf geht es nicht ab. Da das Kapital freiwillig die Arbeitsverhältnisse nicht bessert, sondern nur rücksichtslos und einseitig auf die neue Gewinnmacherei bedacht ist. Es muß jede Aenderung zur Schadloshaltung oder Verbesserung ihrer Lage von den Arbeitern erst erkämpft werden.

Als Einzelne können sie das nicht, sie müssen sich also zusammenschließen, weil nur ihre vereinte Arbeitskraft dem Kapital durch Verjagung des Dienstes Konzeptionen abzwängen kann. Und das ist es, was der Kapitalismus haßt, weil er diktatorisch alles allein bestimmen und wie eine Maschine leiten will. Die menschliche Arbeitskraft wird aber von ihren Besitzern geleitet, die sie trotz der Diktatur des Kapitals gelegentlich doch ruhen lassen können. Ruht die gesamte Arbeitskraft auf Beschluß des Gesamtwillens ihrer Besitzer, so bedeutet das Kampf, berechtigten Kampf, denn die Arbeit ist durch das Kapital benachteiligt, dem der Kampf erklärt wird. Ein ganz natürlicher Vorgang, der eben den neuen Verhältnissen entspricht. Es ist darum ebenso natürlich, wie unberechtigt, den organisierten Kampf der Arbeiter als etwas Unwillkürliches, ja Persönliches hinzustellen, er ist ja nur der konsequente Ausdruck der von der Entwicklung neu geschaffenen Verhältnisse.

Begreift man das, dann wird man auch den Organisationszwang begreifen. Er ist eine Notwendigkeit, die aus der gemeinsamen Interessenfrage hervorgeht. Die Arbeiter, die ihre Interessen verstehen und aus den oben angeführten Gründen zusammenstehen, können nicht dulden, daß ihre mitleidenden Arbeitsbrüder, die leider noch nicht das nötige Verständnis für ihre Interessenvertretung gewonnen haben, durch Fernbleiben von der Organisation die Interessen aller Arbeiter schädigen. Denn gerade auf sie, die Unorganisierten, ruht sich die Weigerung des Unternehmertums, den neu geschaffenen Verhältnissen gemäß auch die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Organisationszwang ist also gegenüber den Unternehmern und Feinden der Arbeiterorganisationen zu verteidigen. Die Unternehmer üben einen ungleich schwereren Zwang auf die Arbeiter aus durch ihre ökonomische Uebermacht, die oft zu einer Diktatur der Ausschungerung ausartet. Außerdem zwingen sie die Arbeiter in die von ihnen gegründeten gelben Vereine oder sie hindern durch Zwang Arbeiter, den freien Gewerkschaften beizutreten.

In den Unternehmerorganisationen wird der Organisationszwang als etwas Selbstverständliches betrachtet und rücksichtslos ausgeübt. Bezeichnend ist, was hierüber, soweit über die Berechtigung des Organisationszwanges der Berliner Magistratsrat Paul Böckling in der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, es heißt:

Sie beklagen sich eben des Organisationszwanges genau so wie die Kartelle, einer natürlichen Fähigkeit, die mit den Organisationen untrennbar verbunden ist, wie der Schatten mit dem Körper. Vermöge dieses Zwanges bringen sie die Massen wie die gewöhnlichen Betriebe zusammen und halten sie bei der Fabrik, oft mit bedeutenden und geschäftlichen Mitteln, weil eben die Gesetzgebung ihrer natürlichen Kraft die Anerkennung verweigert, während sie diese Kraft gebrauchen müssen, um die Lebensfähigkeit, die sie besitzen und die ihnen keiner abstreift, zu betätigen. So lesen wir täglich von Streiks, Sperrn, Boykotts, schwarzen Listen, Arbeitsnachweisen mit Ausschluß Nichtorganisierter, Preisunterbietung, Vermittlung und Aufkauf von Aufhewertern, Verursachung von Arbeitslosen und Arbeiterfelle.

Es muß rücksichtslos anerkannt werden, daß der Zwang der Organisationen hinwollen zu Ausschließen führt, die dem gemeinen Wohl durchaus unzulässig sind. Deswegen aber den Zwang allgemein zu verbieten, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir bedürfen der Organisationen und zwar natürlicher, aus dem Boden herausgewachsener Verbände und Vereine, um die immer lebhafter sich betätigende Produktion zu gliedern und zu regeln. Diesen für unternehmenslos zu erklären und natürlichen Organisationen gegenüber sich der Staat nicht auf die Repression von Uebergreifen beschränken, sondern er muß sie als nützliche, von ihm beherzigt, aber in genügend freie Bahnen zu lenkende Glieder seinem Organismus einverleiben. Er darf ihnen nicht ohnmächtig gegenüberstehen, er braucht aber nicht Jagd zu machen auf Streikposten und andere Uebelthäter des Organisationszwanges.

Jamohl! Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Es ist darum unbedeutend, wenn das scharfmacherische Unternehmertum das, was es selbst rücksichtslos tut, Terrorismus nennt, wenn es Arbeiter verständig tun. Werden einmal die gesetzlichen Schranken überschritten, so greifen die kompetenten Gewalten schon ein. Freilich geht es dabei oft nach dem Grundsatz: Wenn zwei das selbe tun, ist es nicht dasselbe. Polizeieingriffe und Gerichtsurteile bestätigen es täglich, daß die Arbeiter allein die unter dieser Praxis leidenden sind. Möchte man doch am liebsten Ausnahmegeetze schaffen, um die Arbeiter zu knebeln, ihnen zu verbieten, das zu tun, was die Unternehmer für sich beanspruchen.

Der Organisationszwang, mit gesetzlich zulässigen Mitteln ausgeübt, ist eine Tätigkeit, die, wie Böckling richtig sagt, mit den Organisationen untrennbar verbunden ist. Sie zu verbieten, hieße den Organisationen den Lebensfaden unterbinden. Jede Art der Agitation, ja gerade die beste übt einen unwiderstehlichen Zwang auf die Ueberzeugung aus. Und dessen sollten die Arbeiter sich nicht bedienen dürfen? Arbeitswilligen gegenüber ist diese Ueberzeugungsmethode heute bereits polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt, obgleich kein gesetzliches Verbot diese Verfolgung rechtfertigt. Das ist ein ärgerer Zwang als der Organisationszwang, noch dazu ein ungesetzlicher. Aber — wenn zwei das selbe tun usw.

Wollte der Staat resp. die Gesetzgebung überhaupt gegen den Organisationszwang vorgehen, so müßte sich das sonderbar ausnehmen, nachdem bei der Arbeiterversicherung der Versicherungszwang, der doch auch ein Organisationszwang ist, zur Hauptbedingung gemacht worden ist. Hätten übrigens alle Arbeiter begriffen, welche Bedeutung die moderne Arbeiterbewegung für sie hätte, dann gehörten sie samt und sonders freiwillig diesen Organisationen an und alle Ausführungen über den Organisationszwang wären überflüssig. Hoffentlich kommt's bald dahin!

## Rundschau.

Unter allen Umständen politisch. Die Politisch-Erklärung des Transportarbeiter-Verbandes in Breslau, die vor einigen Wochen vom Amtsgericht ausgesprochen war, unterlag am Dienstag der Nachprüfung des dortigen Landgerichts. Um die Absurdität dieser Rechtsprechung zu kennzeichnen, führte der Verteidiger, Justizrat Heilberg, der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in Breslau eine Liste von bürgerlichen Vereinen auf, die reif seien, für politisch erklärt zu werden, wenn die gelegentliche Einwirkung auf die Gesetzgebung zu solchen Entscheidungen genüge. Zu diesen Vereinen gehören: der Deutsche Richterbund (!), denn er hat sich auf seiner letzten Tagung mit der Reform der Zivilprozessordnung beschäftigt, die vom Staate verlangt wird; der Steuergraphenbund, denn er wünscht die gesetzliche Einführung der Einheitsnotenographie und propagiert dieses Ziel; die Tiersehvereine, denn sie bearbeiten die Regierung für den Erlass gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze der Vögel; der Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, denn er rufe die Hilfe der Behörden zur Bekämpfung der großen Volksübel an.

Aber alles das blieb auf den Gerichtshof ohne jede Einwirkung. Gewiß sei der Handels- und Transportarbeiterverband in erster Linie ein Verein zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, aber er überschreite doch in manchen Punkten die Grenze, die nach der politischen Seite hin gezogen ist, besonders durch seine Reichsjektive der Eisenbahner. Die Interessen der Eisenbahner könnten gar nicht vertreten werden, ohne die staatlichen Behörden zu beeinflussen, und das sei eben Politik. Bergleiblich vertriebe der Verteidiger auch den joesen in Breslau tagenden Verband der Lokomotivführer, für den dasselbe gelte und der doch nicht als politisch angesehen werde! — Es half alles nichts, der Transportarbeiterverband ist eben eine freie Gewerkschaft und deshalb politisch! Von Rechts wegen!

Ein Stück Korruption aus dem Reichsversicherungsamt. Die Korruption in der Heeres- und Marineverwaltung und die im preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, von der im Laufe der letzten Jahre ein gutes Stück enthüllt worden ist, beruht bekanntlich auf der Führung von Beamten durch das Primatkapital; diese vollzieht sich meist nicht in der plumpen Form einer direkten Bestechung, sondern wirkt verdeckter durch die Ansichts auf eine glänzende bezahlte Stellung für den einzelnen Staatsbediensteten bei Krupp oder Löwe oder beim Vulkan oder bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Jetzt macht ein so ernstzunehmendes Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ in einem umfangreichen Artikel der Sonn-

tagnummer darauf aufmerksam, daß die Mitglieder des kaiserlichen Ausschusses für Privatversicherung ihre staatliche Stellung vielfach nur als Übergangsposten zur Erlangung eines außerordentlich hochdotierten Postens bei einer der von ihnen kontrollierten Lebensversicherungsgesellschaften ansehen. Sämtliche in den letzten Jahren überhaupt zur Neubesetzung gelangten Stellen leitender Direktoren in der Lebensversicherung sind mit Mitgliedern des Ausschusses besetzt worden. Da sich auch unter den Beamten der Gesellschaften selbst tüchtige Leute befinden, läßt sich das nicht anders erklären als durch eine Spekulation auf die besonderen Erfahrungen und Beziehungen der Mitglieder des Ausschusses. Diese nehmen zum Teil in den Büreaus der Gesellschaften wochenlange Revisionen vor und erlangen dadurch Kenntnis jeder Einzelheit des Betriebes, die sie dann im Dienste der Konkurrenz ausnützen können. Um jede offene Direktorstelle bewerben sich daher eine ganze Anzahl Mitglieder des Reichsausschusses, und das muß natürlich jedes Vertrauen in die staatliche Objektivität dieser Behörden vernichten. Die „Frankfurter Zeitung“ verlangt von dem neuen Präsidenten des Ausschusses gründliche Abhilfe. Diese wird indessen schwer zu erreichen sein, da die hohen Gehälter privater Versicherungsgesellschaften ein zu starkes Lockmittel sind. Wir haben es hier mit einer Art Korruption zu tun, die jeden modernen Staat aktionsunfähig gegenüber dem Großkapital macht.

Der Arbeitsmarkt im Mai. Nach vorläufiger Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Berichte für das „Reichsarbeitsblatt“ zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Mai gegenüber dem Vormonat im allgemeinen eine geringe Zunahme des Beschäftigungsgrades, beider Großindustrie zum Teil eine Abnahme. Die im Vormonat berichtete Wiederbeschaffung bewahrte in der Hauptfache ihren saisonartigen Charakter; die Gesamtlage des gewerblichen Arbeitsmarktes war noch unbefriedigend. Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen hatten am 1. Juni 1914 10 211 418 beschäftigte Mitglieder (6 691 547 männliche und 3 519 871 weibliche) oder 68 890 mehr als am 1. Mai, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 13 514 oder 0,20 pzt., die der weiblichen um 65 376 oder 1,60 pzt. zugenommen. Die in der Regel vom 1. Mai zum 1. Juni eintretende Besserung hat auch in diesem Jahre, allerdings nur in geringem Umfange, stattgefunden.

Nach den Berichten von 16 größeren Arbeiterschaften sind mit zusammen 1 790 850 Mitgliedern waren Ende Mai 1914 42 309 oder 2,5 pzt. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 2,8 pzt. Ende April 1914. Von Ende April auf Anfang Mai pflegt die Arbeitslosigkeit etwa auf gleicher Höhe zu verharren. Der Rückgang der Arbeitslosenziffer ist aber zu gering, um daraus auf eine nennenswerte Erleichterung der noch immer gedrückten Lage des Arbeitsmarktes schließen zu können. Von April bis Mai 1913 war allerdings die Bewegung der Arbeitslosigkeit ungünstiger, denn die Arbeitslosenziffer stieg von 2,1 pzt. auf 2,3 pzt. Bei 374 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 159 889 Vermittlungen kamen im Mai auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 165, bei den weiblichen 96 Arbeitsgesuche. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 154 und 93. Hiernach hätte wie gewöhnlich im Monat Mai der Anbruch der männlichen sowie der weiblichen Arbeitsuchenden zugenommen.

Eine amtlich „ermogene“ Jugend-Sonnenwendfeier. Die Berliner Arbeiterjugend will seine Jugend-Sonnenwendfeier in den Gosener Bergen veranstalten. Das Programm lautet: Einleitungsgesang des Arbeiter-Gesangsvereins Friedrichshagener Männerchor, Rezitation, Festansprache (Redner: Dr. Breitscheid), Abbrennen eines Höhenfeuers. Den Beschluß der Veranstaltung sollen Reigen- und Esentänze bilden. — Das preussische Regierungsgeschäft, die „Nordb. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Es wird damit gerechnet, daß bei gutem Wetter etwa 30 000 Jugendliche, deren Eltern und Freunde usw. sich an dieser Sonnenwendfeier beteiligen werden. Andererseits aber wird am liebsten erwogen, eine solche Feier nur in beschränktem Maße zuzulassen, da die Gefahr vorliegt, daß bei dem Zusammenströmen einer solchen vieltausendköpfigen Menge die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werden könnte.“

Wenn viele Tausende der patriotischen Jugend Wälder und Felser unsicher machen und es bei ihren Kriegsspielen toll treiben, da kräht kein Hahn danach. So wird der Jugend der Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ vordemonstriert!

Zwangswise Jugendpflege. Welche Mittel von den Behörden angewendet werden, um die patriotische Jugendpflege hochzubringen, das hat sich wieder einmal in Düsseldorf gezeigt. Dort ist die gesamte Lehrerschaft — wenigstens soweit sie dem Allgemeinen Lehrerverein angehört — mit der Stadtverwaltung im allgemeinen und der obersten Schulbehörde im besonderen in einen schweren Konflikt geraten, und zwar deshalb, weil den Lehrern der Fortbildungsschule sogenannte Bezirksleiter als Vorgesetzte vor die Nase gesetzt werden sollen. Dabei nun faßte der Allgemeine Lehrerverein eine Resolution, in deren ersten Teil die Bezirksleiterfrage abgetan wird und in deren

zweiten Teil es heißt: „Mit Entschiedenheit wendet sich der Allgemeine Lehrerverein ferner gegen die Anordnung des Kuratoriums der Gewerlichen Fortbildungsschule, daß in Zukunft bezahlte Ueberstunden nur an solche Fortbildungsschullehrer abgegeben werden sollen, die sich auch in der Jugendpflege betätigen, da diese Bestimmung der Jugendpflege den Charakter der Freiwilligkeit und damit die erste Voraussetzung der freiwilligen Erziehung nimmt. Er ist der festen Ueberzeugung, daß diese Verfügung durch den Herrn Oberbürgermeister rüchäugia gemacht werden wird, um so mehr,



Da sie in keiner Weise den Anschauungen des Herrn Ministers und sonstiger Leitenden Stellen entspricht.

Das war natürlich der Stadtverwaltung höchst unangenehm; zunächst deshalb, weil die Lehrerschaft überhaupt einen solchen Schritt wagte, statt wie sonst zu tuscheln; dann aber auch, weil auf diese Weise eine sehr bedenkliche Maßnahme der Schulbehörde zur allgemeinen Kenntnis kam. Und so zogen denn die Vertreter der Stadtverwaltung in der betreffenden Stadtverordnetenversammlung die sich in dieser Sache zu befassen hatte, ganz gehörig gegen die Lehrer los — wobei sie die Gehorsamspflicht der Lehrer betonten und die Sprache der Resolution als maßlos bezeichneten — mit dem Erfolg, daß die darüber gemachte Vorlage der Stadtverwaltung angenommen wurde. Nunmehr wird man wohl die Lehrer noch mehr wie bisher für die nationale Jugendpflege begeistern.

Der Landarbeiterverband im Jahre 1913. Der Landarbeiterverband hatte im Jahre 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des verschärften Kampfes der Gegner und der auf der letzten Generalversammlung beschlossenen Beseitigung des niedrigsten Monatsbeitrages von 30 S. Die Mitgliederzahl stieg von 18 157 (darunter 742 weibliche) im Jahre 1912 auf 20 267 (darunter 884 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Ortsgruppen. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 82 947 M. im Jahre 1912 auf 100 995 M. im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figuriert für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von 12 029 M., im Jahre 1913 die Summe von 20 373 M. Der Rechtschutz erforderte an Anwalts- und Gerichtskosten 3880 M. im Jahre 1912 und 7040 M. im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurden 1912 ausgegeben 10 970 M. und 1913 12 516 M.

Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen Teil wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf eines Arbeitsvertrages, zu einem Teil jedoch waren Arbeitseinstellungen nötig, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Gesgeber der Gassen. In Magdeburg erscheint seit geraumer Zeit ein gelbes Blatt, die „Lageszeitung“, die sich offiziell als Organ der Werkvereine gibt und in bekannter Manier die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften „bekämpft“. Es war bekannt, daß das Blatt durch Zuschüsse aus Industriekreisen über Wasser gehalten wurde. Jetzt ist darüber näheres an die Öffentlichkeit gekommen. Vor einigen Monaten wurde das Blatt und der Druckereibetrieb, in dem es hergestellt wurde, von einer neugegründeten Gesellschaft übernommen, die sich „Saxonia-Druckerei Leitner und Drensch G. m. b. H.“ nennt. Ein ehemaliger Abteilungsvorsteher des Krupp-Grusonwerkes ist Geschäftsführer geworden. Das Gesellschaftskapital beträgt 109 000 M. Die Gesellschafter sind fast ausschließlich große industrielle Werke und zwar sind beteiligt: Friedrich Krupp-Grusonwerk mit 30 000 M., Eisenhüttenwerk Thale mit 20 000 M., Schäffer und Bubbenberg mit 15 000 M., R. Wolf mit 10 000 M., D. Schiering mit 10 000 M., Maschinenfabrik Budau mit 5 000 M., A. W. Alendorf mit 4 000 M., Wilhelm Zuchschwerdt mit 3 000 M., Gewerkschaft Burbach-Behdorf mit 3 000 M., Patronenfabrik Bolte mit 3 000 M., Otto Gruson mit 2 000 M., E. Untucht u. Co. mit 2 000 M., E. S. Blume mit 1 000 M. und — Kurt von Alten, Polizeipräsident von Magdeburg, mit 1 000 M.

Der interessanteste Gesellschafter ist jedenfalls der Polizeipräsident von Magdeburg. Er gibt einen hübschen Hintergrund ab für die übrigen Gesellschafter, die sich alle so bereitwillig zusammengesunden haben, um ein Arbeiterblatt zu finanzieren. Ob es wohl noch viele Arbeiter gibt, die mit solcher Blindheit geschlagen sind, um nicht zu erkennen, daß dies „Arbeiterblatt“ nicht Arbeiter-, sondern Unternehmerinteressen zu vertreten und die Aufgabe hat, den Aufstieg der Arbeiter unter allen Umständen mit vereiteln zu helfen?

Der Christen Sorge. Durch skrupellose Hase gegen die freien Gewerkschaften, durch Landes-Terrorismus-geschrei und Streikbruchtreibereien haben die W.-Glabbacher viel dazu beigetragen, den Scharfmachern bei ihrem Sturm gegen das Koalitionsrecht das Axtgrat zu härten. Allmählich überkommt die Christen ein Grauen vor den Folgen ihrer scharfmacherischen Handlangerdienste. Für den freien Gewerkschaften, schließlich auch noch den kirchlichen Vereinen sollte ein Strich gedreht werden. So hatte man sich gedacht. Nun merken aber schließlich auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche böse Suppe ihre Führer eingebracht haben. Die Pläne der Scharfmacher, darüber kann man sich nicht mehr täuschen, können und wollen auch den christlichen Gewerkschaften gefährlich werden. Die Mittel, mit welchen die Auszucht gelber Werkvereine betrieben wird, zeigt deutlich genug, daß das Unternehmertum keinerlei Gewerkschaften mehr dulden will. Den Christenführern schwant Unheil! Wie ihm begegnen? Etwa dadurch, daß man die Arbeiter-schaft zum Kampfe aufruft, die Pläne der Unternehmer in ihrer Gemeingefährlichkeit der Öffentlichkeit ausbeudet? Im Gegenteil, man beschwört die Scharfmacher, vorsichtig zu sein, damit die Entwicklung der wirtschaftsfriedlichen und harmoniebefördernden Bewegung zu starker kapitalistischer Schwingmacht nicht gestört werde. In einem Leitartikel in der „Völk. Volksztg.“ wird in verschwommener Weise der Rat erteilt, die Aktionsfähigkeit der Arbeiterverbände durch Tarifstreik und „sanftlich geregeltet Einigungsweisen“ zu unterbinden. Das Blatt schreibt: „Fertigdruckte und handverlei auf einen verlässlichen Arbeiterkamm angewiesene, haben in den Tarifverträgen in modernster Form den Genossenschaftscharakter, die auch von Blödsinn in ihrer Bedeutung voll erfahrene Betätigungsbarm arbeitscher Art, mehr oder minder wieder aufgenommen. Gelänge es, diese Einbindung zu unterstützen, so wäre das ein Gewinn für unser Familienleben von heute noch gar nicht aberschaubarer Tragweite.“ Was darunter zu verstehen ist, das wird später halb ausgesprochen:

Neben einem gefunden Mittelstand kommt es dann aber schließlich auf eine Arbeiterkraft an, die auf Grund ihrer Selbsterziehung fähig ist, sich in die gegebene Organisation mit festem, aber geordnetem Willen einzufügen. Es geht daher zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, zu verhindern, daß diese Selbsterziehung verkrümmet. Das geschieht aber, wenn die Organisationsbestrebungen der Arbeiterkraft von positiven Aufgaben abgelenkt und gewalttätig in die Richtung erbitterter Gegnerschaft gegen die sozialen Institutionen gedrängt werden.“

Der tiefere Sinn der Auslassungen ist der: Das Scharfmachertum soll nicht durch sein Härten und Toben die christlichen Arbeiter rebellisch machen, damit sie nicht von dem Wege zum allmählichen Vergessen abgedrängt werden.

Die deutsche Auswanderung im Jahre 1913. Nach den Vierteljahrberichten der „Statistik des Deutschen Reiches“ belief sich die deutsche Auswanderung im Jahre 1913 auf 25 843 Seelen gegen 18 545 im Vorjahre. Die Zahl der ausgewanderten Frauen beträgt 9 175. Von den Auswanderern wandten sich 25 384 nach Amerika, und zwar 19 124 nach den Vereinigten Staaten, 1306 nach Kanada, 1085 nach Argentinien, 140 nach Brasilien, 3729 nach sonstigen Ländern Amerikas. Nach Australien wanderten 359 aus, nach Afrika mit Einschluß der deutschen Kolonien nur 32. Die deutschen Besessenen in der Südsee werden in der amtlichen Statistik als Auswanderungsziel überhaupt nicht aufgeführt.

Die meisten Auswanderer stammten aus der Provinz Brandenburg (mit Einschluß Berlins) mit 2253 Seelen, es folgt Posen mit 1742, Westfalen mit 1445, Rheinland mit 1384, Hannover mit 1343, Schleswig-Holstein mit 1014. In den übrigen deutschen Staaten und preussischen Provinzen bleibt die Auswanderungsziffer unter 1000, beim Staate Hamburg wird diese Zahl mit 989 nahezu erreicht.

### An die Bibliothekare u. Bibliothekkommissionen der deutschen Arbeiterorganisationen!

Der Zentralbildungsausschuß beruft hierdurch auf Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. August 1914, nach Leipzig in das Volkshaus, Zeigerstraße 32, eine

Konferenz der Arbeiter-Bibliothekare ein mit folgender Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand der deutschen Arbeiterbibliotheken; 2. Die Zentralisierung der Arbeiterbibliotheken; 3. Vereinfachung und Vereinheitlichung der Betriebsformen; 4. Bildungsmittel für Arbeiterbibliothekare.

Die Konferenz soll dem Zwecke dienen, den durch langjährige Arbeit im Bibliothekwesen mit besonderer Sachkunde ausgerüsteten Arbeiterbibliothekaren Gelegenheit zu geben, die wichtigsten gemeinschaftlichen Angelegenheiten eingehend zu erörtern und dadurch dem Arbeiterbibliothekewesen mannigfache neue Antriebe zu geben und eine wünschenswerte Vereinheitlichung der Organisation zu fördern.

Alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands können ihre Bibliothekare auf die Konferenz entsenden; doch müssen sie selber die Kosten der Delegation tragen. Es empfiehlt sich daher, daß sich größere Bezirke (siehe die Einteilung der Bezirksbildungsausschüsse) auf einen Vertreter einigen.

Die Teilnehmer der Konferenz werden ersucht, sich bis zum 31. Juli beim Zentralbildungsausschuß anzumelden, damit ihnen weitere Mitteilungen zugesandt werden können. Wer von dem Leipziger Ortsauschuß eine Wohnung vermittelt wünscht, muß sich rechtzeitig beim Genossen Theodor Dorn, Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig, Zeigerstraße 32, anmelden.

Der Zentralbildungsausschuß. J. A.: Heinrich Schulz.

### Verbandsteil.

#### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorstandsber., Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82. — Telefon Nr. 6046.

Büroausg. von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Gold-, Einschreib- und Wertsendungen nur an H. Nieder-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Probieranstalt-Gelechtschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5849 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an J. H. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Altmann, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.

Für den Ausichung bestimmte Zuschriften sind an Emil Altmann, Altona-Altensiefen, Friedensallee 46 L, zu adressieren.

Der Vorstand.

### Bekanntmachungen.

Als verloren wurde gemeldet: Das Mitgliederbuch S. I. 77 534, lautend auf Luise Weitenfels, geb. 15. 4. 1861 in Dresden, augen. 1. 8. 1908. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand zu senden. (S. Nr. 702/24.)

### Adressen der Vorsitzenden der Zentralwahlprüfungskommissionen

1. Wahlkreis: Gottl. Oertel, Altona, Deldersballe 1.
2. Wahlkreis: Jos. Domeser, Dresden, Rigenbergstr. 2.
3. Wahlkreis: Fr. Eise, Nordhausen, Wolfstr. 14 (Bureau der Tabakarbeiter).
4. Wahlkreis: Franz Schnell, Frankfurt a. M., Gneisenaustr. 113, II. Der Vorstand.

### An die Bevollmächtigten.

Der Tabakarbeiter-Verband für diese Woche ist eine gelbe Statistikkarte („Statist. Statistisches Amt“) beigelegt. Diese Statistikkarte ist für das 2. Vierteljahr 1914 bestimmt und enthält wichtige Fragen, die für alle unsere Statistiken gewissenhaft zu beantworten sind.

Man beachte bei der Beantwortung: Unter Frage 1 ist anzugeben, wie viele männliche und wie viele weibliche Mitglieder unseres Verbandes am 1. 1. 1914 im 2. Quartale 1914 in der Statistik vorhanden sind. (Bei Beantwortung dieser Frage ist darauf zu achten, daß die Mitgliederzahlen genau angegeben und mit den Angaben über Mitgliederbestand auf den Quartalsberechnungen übereinstimmen müssen.)

Unter Frage 2 ist anzugeben, wie viele von den Mitgliedern in der Statistik im 2. Quartal 1914 arbeitslos waren. (Die Zahl derjenigen Mitglieder, die keine Arbeitslosenunterstützung erhielten, sind mit anzugeben.)

Unter Frage 3 ist anzugeben, wie viele arbeitslose Mitglieder am Sonnabend, den 27. Juni 1914, in der Statistik vorhanden waren. (Die arbeitslosen Mitglieder, die keine Unterstützung erhalten, sind mit anzugeben.)

Unter Frage 4 ist anzugeben, wie viele auf der Stelle befindliche (wandernde) arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes sich am Sonnabend, den 27. Juni 1914, in der Statistik meldeten.

Unter Frage 5, Abs. a) ist anzugeben, wie viele arbeitslosen Tage im 2. Quartal 1914 auf die arbeitslosen Mitglieder in der Statistik entfielen. (Hierbei sind mit einzurechnen die arbeitslosen Tage, die auf die Mitglieder entfielen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhielten.) Unter Abs. b) sind die gleichen Angaben auch für die im Quartal eventuell durch- oder zugewanderten arbeitslosen Mitglieder zu machen.

Unter Frage 6 ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder anzugeben, die im 2. Quartal 1914 in der Statistik Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhielten, und zwar unter Abs. a) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Zahl der arbeitslosen Mitglieder, die im 2. Quartal 1914 durch- oder zugewandert sind.

Unter Frage 7 ist die Zahl der Tage anzugeben, für welche im 2. Quartal 1914 in der Statistik Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, und zwar unter Abs. a) die Zahl der Tage für arbeitslose Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Zahl der Tage für arbeitslose Mitglieder, die im 2. Quartal 1914 durch- oder zugewandert sind.

Unter Frage 8 sind die Unterstützungsummen anzugeben, die im 2. Quartal 1914 in der Statistik an arbeitslose Mitglieder unseres Verbandes ausgezahlt wurden, und zwar unter Abs. a) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die am Orte verblieben und unter Abs. b) die Summen für die arbeitslosen Mitglieder, die im 2. Quartal 1914 durch- oder zugewandert sind.

Streckende, ausgesperrte, gemahrgestellte und kranke Mitglieder dürfen bei dieser Statistik überhaupt nicht mitgezählt werden.

Die für das 2. Quartal 1914 bestimmte Statistikkarte muß bis zum 7. Juli 1914 an den Vorstand eingeleistet sein.

Wir ersuchen nun die Bevollmächtigten diese Statistikkarte gewissenhaft zu beantworten und rechtzeitig an den Vorstand einzuliefern.

Zahlstellen, von denen kein Bericht eingeleitet, werden veröffentlicht.

Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten, müssen dies sofort dem Bureau mitteilen.

Bremen. Der Vorstand.

Folgende Gelder sind bei uns eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, Z. = Zuzugsgeld):

- 12. Juni: Hamburg B. 100,—, 13. Juni: Frankfurt B. 700,—, Minden in Hann. B. 150,—, Buxtehude B. 23,50, Rheba B. 50,—, Klein-Nischen B. 100,—, Haderkweg B. 60,—, 14. Juni: Langensielow B. 100,—, Schornberg B. 50,—, Minden B. 230,—, 15. Juni: Berlin B. 250,—, Ellenburg B. 180,—, Gera B. 200,—, Köln B. 50,—, 16. Juni: Berlin 250,—, Hänge B. 180,—, Hohenhausen B. 100,—, Nordhausen B. 1000,—, Halberstadt B. 140,—, Eisenberg B. 110,—, Köln B. 19,—, Hohenhausen B. 20,—, Schwemmingdorf B. 1,16, 17. Juni: Dresden B. 1000,—, 18. Juni: Frankenstein B. 50,—, Klein-Krotenburg B. 400,—, 19. Juni: Dresden B. 800,—, Dresden B. 200,—, Reuenkirchen B. 50,—, Hirschwalde B. 250,—, Wöhlau B. 50,—, Hamburg B. 200,—, 20. Juni: Bremen B. 300,—

Bremen, den 22. Juni 1914.

B. Nieder-Belland, Kassierer.

### Adressen der Bevollmächtigten.

- Elmhorn (1): 2. Bev. Herm. Hellwig, Amandastr. 83.
- Hildesheim (2): 1. Bev. Wilh. Marahrens, Langerhagen 69.
- Leipzig (10): 2. Bev. Ferd. Hölle, Leipzig-Meuditz, Köhlgrabenstraße 29, Eingang Constantinstraße.

### Arbeitsnachweis für Sortierer und Ristenbekleber

- Dresden: Otto Hemrich, Seydlitzstr. 11, IV.
- Hildesheim: Ost. Scheffler, Karlstr. 46.
- Hildesheim (G.M.): Ernst Römle, Jungfergasse 68 II.
- Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 66, Grefswalderstr. 195.
- Berlin: Otto Ellerich, Kleiststr. 18 pt.
- Köln: Felix Langguth.
- Treffurt a. Weera und Schmalmannshausen: Karl Grimm, Treppert an der Weera, Bahnhofstr. 15.
- Emmerdingen: Karl Kienle, Rundingergstr. 24.

### Ausländische Arbeitsnachweise.

Schweiz: Zentralarbeitsnachweis für Tabakarbeiter, Volkshaus, Rheinfelden. Brieflichen Anfragen ist das Rückporto beizulegen.

### Arbeitsangebote.

Zwei Sortierer sofort gesucht. Nachfragen beim Arbeitsnachweis Frankfurt a. M., Franz Schnell, Gneisenaustr. 113, II. Zwei bis drei tüchtige Pigarenmacher, welche sich selbst füttern. Nachfragen beim Arbeitsnachweis Braunschweig, Ernst Spacke, Sabelsbergerstr. 4, p.

### Internationales Tabakarbeiter-Sekretariat.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarrenarbeiter in Norwegen gingen bei mir ein:

Prz. Paternmann (Wien) ..... 25.— M.  
Summa... 25.— M.

Bereits quittiert 4110,70 M., zusammen 4135,70 M.

Bremen, den 2. Juni 1914.

K. Deichmann, Sekretär.

### Mitglieder-Versammlungen.

- Alle Mitglieder haben zu erscheinen! Sonnabend, den 27. Juni: Westf. Ab. 9, 5. Raffing. Montag, den 29. Juni: Braunschweig: Ab. 8 1/2 in „Stadt Lüneburg“. L.-D. wird in der Versammlung bekannt gegeben. Sonntag, den 5. Juli: Begasal: Raden. 4. 5. Kempfert, Sobanplatz. L.-D. wird dort bekannt gemacht. Donnerstag, den 9. Juli: Frankenberg: Ab. 8 1/2 im „Bürgergarten“. L.-D. wird dort bekannt gegeben. Sonnabend, den 11. Juli: Wernburg: Ab. 8, Gewerkschaftshaus Lissa. L.-D. wird dort bekannt gegeben.

### Gestorben:

Am 18. Juni zu Klein-Krotenburg Johann Peter Schwab aus Klein-Krotenburg, 45 Jahre alt. Am 17. Juni zu Berden Franz Schnell aus Vorch, 57 Jahre alt. Ihre Irenen-Akten!



**Borneo-Umblatt**  
Qualitätsumblatt für feinstes Fabrikat,  
Vollblatt 3. Länge, leicht, flotter Blatt-  
brand.  
No. 3135 à Mk. **1.80** verz.

**Sumatra-Deckblatt**  
Deli My/PG, Vollblatt 1. Länge, matt und  
hell, reinfarbig, edel, seltene Offerte  
No. 3136 à Mk. **4.85** verz.

**Schwarzer  
Vorstenlanden**  
Vollblatt 2. Länge, ganz duff, wunder-  
schön in Art und Farbe  
No. 3137 à Mk. **3.60** verz.

**Neue Offerten**  
aus den Einkäufen  
in den letzten Ein-  
schreibungen

**Qualitätstabake**

zu noch nicht ge-  
kannt niedrigen  
Preisen

Verlangen Sie  
schnellstens Muster!

**Dunkler  
Vorstenlanden**  
mit Spickel, Vollblatt 2. Länge, leicht  
duff, das denkbar Schönste in dieser Art  
No. 3138 à Mk. **3.30** verz.

**Dunkles  
Vorstenlanden-Deck**  
Qualitätsfabrikat, Vollblatt 2. Länge, schnee-  
weisser Brand  
No. 3139 à Mk. **1.90** verz.

**Bezoeki-Antarbeiter  
Sett**  
reif, leicht braun  
No. 3140  
Mk. **1.25**

**Vorstenlanden-Antark.**  
reif, leicht, hochfein  
No. 3141 No. 3142  
Mk. Mk.  
**1.15 1.25**

# Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Rohtabak-Handlung

Bedarfs-Artikel für Zigarren-Fabriken

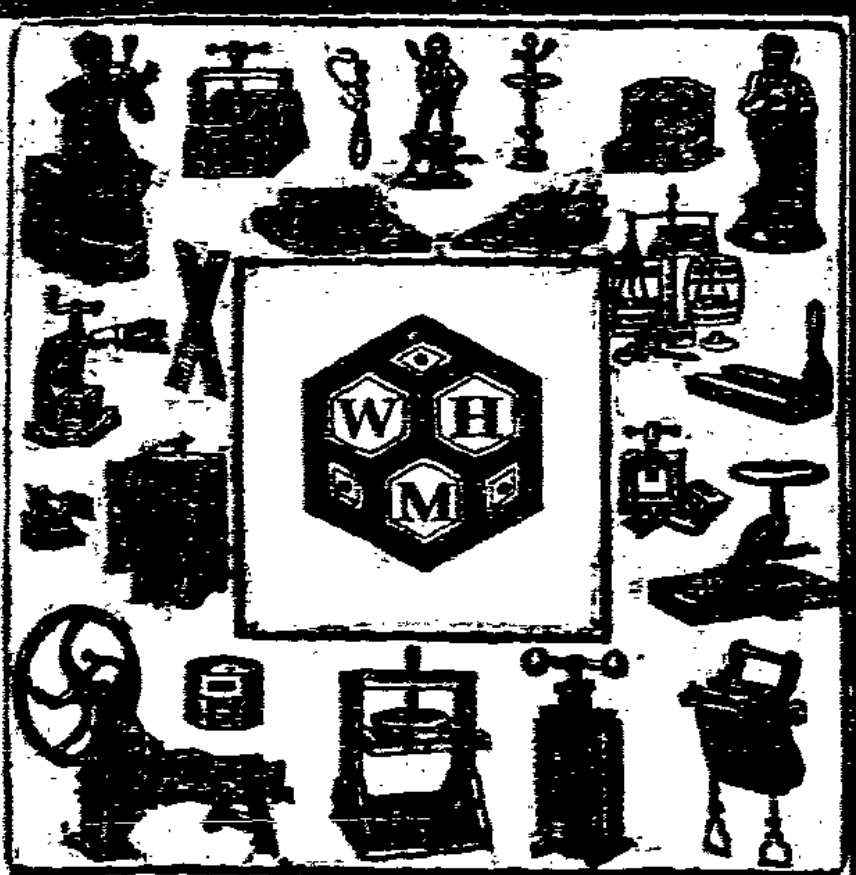
Bedarfs-Artikel für Zigarren-Geschäfte

## Hermann C. W. Knoche, Rohtabak

Hohestr. 12 Bremen Hohestr. 12

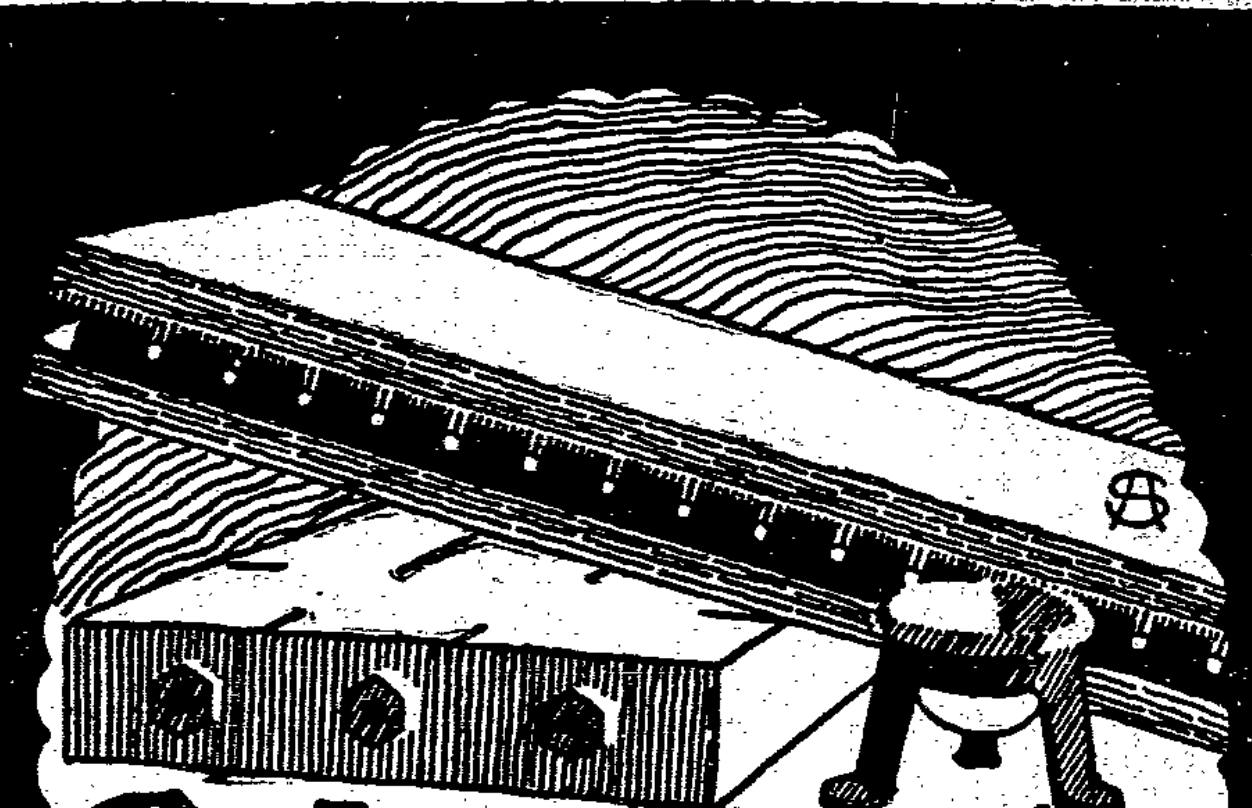
empfehl als besonders preiswert:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 200, 230, 260, 300, 350, 400, 500, 550,  
600, 700 A. Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 140, 150 A. Vorsten-  
land-Decker, Vollblatt 200, 260, 300, 320 A, dunkel 210, 230 A.  
Feltz-Decker 230, 250, 260 A. -Einlage 150, 160, 170 A. Java-  
Umblatt 120, 140, 150 A. -Einlage 95, 100, 110 A. Carmen  
100, 110, 120, 130, 140 A. Domingos 90, 100, 110, 120, 130 A.  
Mexiko-Decker, feinkor Andrea, 250, 300, 350 A. Essant, garantiert  
rein überreifer Aufarbeiter, 95, 100, 110 A. Sämtliche Tabake sind  
von tabellosem Brand und ferngefand. Preise verzollt gegen Nachnahme.



Wickelformenpressen von M. 7.75 an.  
Pressbänder, unverwüstlich, per St. 70 A.  
Rollbretter per Stück von M. 1.50 an.  
Arbeitsmesser à 25 A. Traganth per  
Pfd. M. 1.10, Amlac per Pfd. M. 1.75, Bün-  
delband per 50 m 45 A.  
Gebrauchte Formen von 20 Pfennig per Stück an.  
Tüllen und Tüllmaschinen.  
Bladeinschnitten, bewährte Modelle, Mk. 1.25.  
Presskästen von M. -80 per Stück an. Einschlag-  
papier, Etiketten in vielen Sorten.

**W. Hermann Müller Berlin**  
Magazinstr. Nr. 14  
Erstes Spezialhaus für Zigarrenfabrikations-Ersätze  
Illustrierte Kataloge gratis und franko



## Gebrauchte Wickelformen

in den modernsten und  
beliebtesten Fassons zu  
äußerst niedrigen Preisen  
bestellen Sie am besten nach  
**Musterbogen  
207**

Verlangen Sie sofort kostenlose  
Zusendung auch der Liste 24 über  
sämtliche Fabrikations-Utensilien  
**L. COHN & CO**  
DEUTSCHLANDS GRÖSSTES WICKELFORMENLAGER  
BERLIN. N. 54  
24 Brunnenstr. 24

## Otto Brandes

M. 774 Rohtabake M. 774  
Bremen, Westersir. Nr. 96

empfiehlt als besonders preiswert  
Sumatra-Decker 170, 190,  
200, 220, 230, 250, 300, 350,  
380, 420, 460, 530 A.  
Sumatra-Umblatt 135, 145,  
165 A.  
Java - Vorstenlanden - Decker  
180, 230, 250, 300, 350 A.  
Java-Umblatt 120, 125, 130,  
135, 140, 150, 160 A.  
Java-Einlage 95, 100, 105,  
110, 115 A.  
Mexiko-Decker 230 A.  
Brasil-Decker 190, 200, 210,  
220, 230, 240, 250 A.  
Brasil-Einlage 140, 150, 160 A.  
Carmen 105, 110, 115, 130, 140 A.  
Domingo 100, 110, 120 A.  
Seedleaf 115 A.  
Bosgut 95, 100, 105, 110 A., nur  
amerikanische gesunde Tabake  
Havana 250, 300, 350, 400, 600 A.  
Sämtliche Tabake sind kern-  
gesund und wird für tadellosen  
Brand garantiert. Versand nur  
per Nachnahme. Preise verzollt.

### Achtung! Zigarettenmacher!

Soger Nebenverdienst durch Ver-  
kauf meines echten Zigaretten-  
Pergamentpapiers, garantiert un-  
brechbar. Muster kostenl. S. Jantoff,  
Berlin-Pantow, Hadlichstraße 27.

Die Bevollmächtigten werden  
ersucht, den Aufenthalt des Kollegen  
Andreas Roscher aus Weis-  
saw, geb. 8. 10. 88, aufg. 29. 6. 12,  
SII. 24708, St. III, anzugeben  
nach der Poststelle Freiberg i. S.,  
Bureau: Rangstr. 11.

Bill. Oehne, 2. Bevollmächtigter.  
Dem Kollegen Karl Weichelt  
zu Gospe in Westfalen zu seinem  
am 28. Juni 1914 stattfindenden  
68. Geburtstag ein dreifach don-  
nerdes Hoch.  
Die Kollegen und Kolleginnen  
des Kohlfeldes Rahef.

Unserm Freund und Kollegen  
Gottfried Wratz nach seiner Wahl  
Rätchen Wratz zu ihrem am 27. d. M.  
stattfindenden Hochzeit, die her-  
lichsten Glückwünsche, das Strauß-  
Marile zappelt und das ganze  
Maitufer wadelt. Die vis-à-vis-  
Kollegen der Firma Straus-  
Babstle Würgburg.

**Briefkasten.**  
Borchta 190 A  
Freiberg 80 A  
Cassel 70 A  
Würgburg 90 A



## Der Kampf der norwegischen Tabakarbeiter.

Die organisierten Tabakarbeiter Norwegens haben sich nunmehr ein Organ „Der Tabakarbeiter“ geschaffen. In der Nr. 1 lesen wir einen Artikel, der von dem kürzlich beendeten Kampf der Kollegen in Christiania handelt. Die Ueberschrift lautet: „Der Anfang des Konflikts“. Dann heißt es:

Der nun beendete Konflikt ist der zweite seit 1910. Die Ursache war, wie bekannt, das Bestreben der Zigarrenarbeiter, in Christiania höhere Löhne zu erlangen, wie es früher auch schon der Fall war. Am 30. November 1913 wurde den Fabrikanten ein neuer Vertragsentwurf zugesendet und gleichzeitig die Kündigung des alten Vertrages überreicht. Im alten Vertrag war eine Kündigungsfrist von einem Monat vorgesehen, so daß danach, falls keine Einigung zu erzielen war, der Vertrag am 1. Januar abgelaufen war. Inzwischen wurden unsererseits Verhandlungen angebahnt, die auf den 15. Dezember stattfinden sollten; von den Fabrikanten wurde jedoch zu verhandeln abgelehnt. Offenbar wollten die Fabrikanten den Ablauf der Kündigung erst abwarten. Dennoch gelang es uns, am 19. Dezember mit den Fabrikanten zu Unterhandlungen zu kommen, doch wurden diese auf den 2. Januar 1914 vertagt. Es fanden Verhandlungen am 2., 8. und 9. Januar statt, doch ohne Ergebnis, denn in einer Sitzung am 12. Januar wurden sie wieder abgebrochen. Das Resultat der Bemühungen wurde in einer Versammlung am 13. Januar bekannt gegeben. Die Fabrikanten verlangten strikte Annahme ihres Angebots; das wurde aber gegen 2 Stimmen abgelehnt. Den Fabrikanten wurde das Abstimmungsresultat mit dem Bemerkten mitgeteilt, daß man zu weiteren Verhandlungen bereit sei.

Darauf ließen die Fabrikanten sagen, daß sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit seien und weiteres Verhandeln keinen Zweck hätte, es sei denn, die Arbeiter würden auf ihren Vorschlag eingehen, ihnen mindestens aber wesentlich entgegenkommen. Das bedeutet also zunächst das Signal zum Landesstreiken. Die Verbandsleitung teilte nunmehr der Landesorganisation die Sachlage mit und erwirkte, daß sämtliche Verbandsmitglieder in Christiania in den Sympathiestreik treten sollten. Daß dieses erst am 23. Februar zur Tat wurde, hatte seinen Grund darin, daß es nach der Bekanntgabe den Anschein hatte, als würden die Fabrikanten einsinken. Diese Situation war nicht von Vorteil für die Arbeiter, dadurch wurde übrigens der Kampf um vier Wochen verlängert.

Nachdem nun auch der Zigarrenhändlerverein sich mit der Sache beschäftigte, brachte es der Stadtrat Gastberg fertig, eine Verhandlung zwischen den Fabrikanten und der Landesorganisation in die Wege zu leiten. Am 30. April einigte man sich dann auf einen Vorschlag, der den Mitgliedern am 2. Mai vorgelegt wurde; es wurde beschlossen, noch zu fordern, daß keine Maßregelungen stattfinden dürften. Nachdem am 5. Mai nochmals eine Verhandlung stattgefunden hatte, wurde den Vorschlägen seitens der Arbeiter am 5. Mai zugestimmt.

Daß der Streik so lange gedauert hat, kann man verstehen, wenn man bedenkt, daß die Fabrikanten es darauf abgesehen hatten, unsere junge Organisation zugrunde zu zu richten und Zersplitterung unter den Arbeitern hervorzurufen; deshalb auch ihr krampfhaftes Festhalten im Januar. Daß ihnen dieses nicht geglückt ist, liegt an der guten Solidarität der gesamten Mitglieder. Hinzu kommt, daß wir genügend materielle Unterstützung erhielten, in erster Linie von unseren dänischen Kollegen, die uns jede Woche Gelder schickten. Auch von Schweden haben wir längere Zeit Unterstützung erhalten, ferner vom Internationalen Sekretariat, vom deutschen Tabakarbeiterverband und von den holländischen Kollegen, sowie aus anderen Ländern. Das Interesse für unsere Sache in der Internationale war offenbar. Das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft. Aber auch der Verband, obgleich er erst 4 Jahre besteht, hat die Probe gut bestanden; er muß für die Zukunft von Freund und Feind als ein ernstes Kampfmittel betrachtet werden.

Wenn wir nun einen Blick auf die neuen Vereinbarungen werfen, so finden wir, daß sie viele Verbesserungen bieten. Die alten Vereinbarungen enthielten nur bestimmte Sätze für Formarbeiten und für Wickelmacher. Die weiblichen Zigarrenmacher haben früher eine Krone billiger gearbeitet. Ein Anfangslohn oder ein fester Satz für Zigarrenmacher, Sortierer oder Wickelmacher hat bisher nicht bestanden; der neue Tarif enthält Anfangslöhne und bestimmte Sätze für alle Lehrlinge, gleichen Lohn für männliche und weibliche Arbeiter und einen festgesetzten Tagelohn für die diesbezüglichen Arbeiter, sowie bestimmte Akkordsätze für alle Gruppen der Zigarrenindustrie. Auch die Jurichter, die bisher schlecht bezahlt wurden, sind im Lohn gestiegen. Sämtliche Löhnsätze sind für männliche Arbeiter um 1 Krone, für weibliche um zwei Kronen pro Wille erhöht worden. Der Mindestlohn für Handarbeit ist um eine Krone erhöht worden; im übrigen sind bestimmte Löhnsätze für Handarbeiten festgelegt, zu denen noch zeitweise Zulagen kommen. Im Durchschnitt ist für männliche Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2 Kronen, für weibliche von 4 Kronen pro Woche erreicht worden. Für Wickelmacherinnen ist der Anfangslohn eine Krone pro Tag für die ersten sechs Monate, auf 1,25 Kronen für die folgenden drei Monate erhöht worden. Die Akkordlöhner haben eine Zulage von 0,50 Kronen erhalten, so daß sie durchschnittlich zwei Kronen wöchentlich mehr verdienen. Der Anfangslohn für Deckblattzurichter ist von 1,80 Kronen pro Tag auf zwei Kronen, steigend bis

2,75 Kronen (früher 2 Kronen) erhöht worden. Der Anfangslohn für Umblatt- und Einlagezurichter, der früher eine Krone betrug, ist auf 1,50 Kronen erhöht worden; während die Steigerung früher bis 1,25 Kronen ging, geht sie jetzt bis zwei Kronen bei längerer Beschäftigung. Für die Sortierer sind nicht in allen Fällen so große Lohnerhöhungen eingetreten. Es sind die besseren Löhnsätze der Sortierer bei einigen größeren Fabriken zugrunde gelegt worden und hat man danach die Sätze allgemein festgelegt. Dennoch haben einzelne Unternehmer ganz bedeutende Zulagen machen müssen, besonders bei den billigen Sorten. Die Zulagen in sämtlichen Gruppen betragen 6 bis 50 Prozent. Da kann man wohl mit Recht von einem guten Resultat sprechen.

Nun handelt es sich darum, aufzupassen, daß der neue Tarif in allen Fabriken gleichmäßig zur Durchführung kommt; dann ist auch die Grundlage gegeben für einen weiteren Ausbau unserer Interessen. Wenn man bedenkt, daß der Kampf die Stärke des Verbandes prüfen sollte, so kann er und die sämtlichen Tabakarbeiter mit dem Resultat wohl zufrieden sein.

## Die erste Generalversammlung der „Volksfürsorge“.

trat am Sonnabend, dem 13. Juni 1914, im „Gewerkschaftshaus“ in Hamburg zusammen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Gustav Bauer, Berlin, eröffnete dieselbe vormittags 10 1/2 Uhr. Sämtliche Aktien waren, teilweise durch ihren Inhaber, teilweise durch Bevollmächtigte, vertreten. Den Geschäftsbericht für das erste Geschäftsjahr (1. Juli bis 31. Dezember 1913) erstattete das geschäftsführende Vorstandsmittglied H. von Elm an der Hand des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichtes.

Derselben ist zu entnehmen, daß in der genannten Zeit insgesamt 74746 Anträge mit einer Versicherungssumme von 13 707 416 Mark eingegangen waren. Abgeschlossen wurden davon bis zum Ende des Berichtsjahres 70 401 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 952 280 M. Abgelehnt oder jurisdiktionell wurden 246 Anträge mit 105 618 M. Versicherungssumme. 4099 Anträge mit einer Versicherungssumme von 739 517 M. wurden als unerledigt in das Geschäftsjahr 1914 übernommen. Von den Sparversicherungen gelangten 3106 Anträge mit einer Versicherungssumme von 42 738 M. zur Gutschrift.

Die Prämieinnahme betrug insgesamt 1 080 492 Mark, die Einnahme an Zinsen 25 128 M. Unter den 64 durch Tod abgegangenen Versicherten waren 2, deren Tod auf einen Unfall zurückzuführen war; in beiden Fällen wurde die volle Versicherung gezahlt. Der Sterblichkeitsgewinn beträgt 18 320 M. Wie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung ergeben, beträgt der erzielte Ueberschuß 68 066,22 M. Davon sind nach den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages dem geschäftlich vorgezeichneten Reservefonds mindestens 5 Prozent gleich 3303,31 Mark zuzuführen; dem Kriegsvorbehaltsfonds, für besondere Reserven und zur Auffüllung des Reservefonds werden ebenfalls je 5 Prozent überwiesen, so daß noch ein Ueberschuß von 52 852,98 M. zur freien Verfügung steht.

Der Vorstand schlug der Generalversammlung vor, für dieses Geschäftsjahr die vorgegebene Verzinsung des Aktienkapitals nicht eintreten zu lassen, dafür aber der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,46 M. als Gewinnanteile den Versicherten zu überweisen und den Rest von 4552,02 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Den Bericht des Aufsichtsrates erstattete Bauer, Berlin. Für die Revisionskommission des Aufsichtsrates berichtete Junger, Berlin.

Der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wird hierauf einstimmig zugestimmt.

Sailer, Ludwigsb. fragt an, ob der in der Presse vielfach aufgetretene Behauptung, die sozialdemokratische Partei sei an der „Volksfürsorge“ beteiligt, etwas Wahres sei. Darauf erklärte der Vorsitzende Bauer, Berlin, daß diese Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Die sämtlichen Aktien seien in Händen gewerkschaftlicher Korporationen und könnten nur unter Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat auf andere übertragen werden. Die sozialdemokratische Partei könne noch keine Aktien haben und habe keine, sie sei weder finanziell, noch in anderer Weise an der „Volksfürsorge“ beteiligt. Wenn einzelne Freisprechungen darauf Bezug nehmen, daß Herr Ebert, Berlin Mitglied des Aufsichtsrates sei, so ist demgegenüber festzustellen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Herrn Ebert nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes, sondern aus persönlichen Gründen in seiner Eigenschaft als Mitglied seiner Gewerkschaft in den Aufsichtsrat der „Volksfürsorge“ delegiert habe.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Beschlussfassung über die Verwendung des Ueberschusses“ beantragten Vorstand und Aufsichtsrat:

Für das Geschäftsjahr 1913 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; dafür werden der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,46 M. (fünf Prozent der 968 019,20 M. betragenden Jahresprämie) der mit Gewinnbeteiligung Versicherten überwiesen und der Rest von 4552,02 M. als Vortrag auf neue Rechnung genommen. Diesem Antrage stimmten alle Aktionäre einstimmig zu.

Obne Widerspruch wurde hierauf eine redaktionelle Forderung des § 23 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, wonach derselbe jetzt lautet:

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf den Erlaß ihrer in Ausübung ihres Amtes gemachten Auslagen. Ferner wird dem gesamten Aufsichtsrat eine Vergütung gezahlt, die pro Jahr soweit mal 250 M. beträgt, als er Mitglieder besitzt. Ueber die Verteilung dieser Summe an die einzelnen Mitglieder beschließt der Aufsichtsrat selbst.

Für das Geschäftsjahr 1913 vergüteten die Mitglieder des Aufsichtsrats auf die ihnen zustehende Vergütung zugunsten der Versicherten.

Da der Vorstand der „Volksfürsorge“ beim Bundesrat die Anerkennung des gemeinnützigen Charakters der „Volksfürsorge“ beantragt hat, schlägt er vor, die seitens der Behörden gewünschte und schon bei Gründung der „Volksfürsorge“ seitens der Gründer als selbstverständlich erachtete Bestimmung über die Verwendung des Bestandes bei event. Auflösung der Gesellschaft in den Gesellschaftsvertrag als neuen § 33 in folgendem Wortlaut aufzunehmen:

Im Fall der Liquidation ist nach Tilgung oder Sicherstellung aller Verbindlichkeiten, insbesondere derjenigen aus laufenden Versicherungsverträgen und Rückzahlung des Grundkapitals ein etwa verbleibender Ueberschuß zur Rückzahlung des Organisationsfonds (§ 9), soweit erforderlich, zu verwenden. Ein etwaiger Rest ist im Interesse der im Zeitpunkt der Auflösung vorhandenen Versicherten durch Aufschlage zu den festgesetzten Versicherungssummen im Verhältnis zu der von ihnen eingezahlten Gesamtprämiensumme zu verwenden oder inländischen Gesellschaften und Genossenschaften zuweisen, welche vom Bundesrat gemäß der Beschlussvorschrift zu Tarifnummer 1 A a, b, c des Reichsstempelgesetzes vom 8. Juli 1913 (Reichs-Gesetzblatt Seite 644) als gemeinnützig anerkannt sind.

Ueber die Art der Verwendung im Sinne dieser Vorschrift beschließt die Generalversammlung. Sämtliche Aktionäre stimmten dem Antrage zu. — Bei der hierauf folgenden Wahl des Aufsichtsrats wurden die jetzigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Es sind das: Gustav Bauer (Berlin), Fritz Ebert (Berlin), Theodor Leipart (Berlin), Alex. Schilde (Stuttgart), Julius Fräßdorf (Dresden), Paul Hoffmann (Magdeburg), Rudolf Junger (Berlin), Dr. Aug. Müller (Hamburg); als Ersatzmänner Robert Schmidt, Gustav Eißler (Berlin), Adolf Seifert und Paul Turnau (Hamburg).

In der sich anschließenden Sitzung des neu gewählten Aufsichtsrates wurde der jetzige Vorstand bestätigt. Derselbe besteht aus Adolf v. Elm, Friedrich Leche als geschäftsführenden und Heinrich Kaufmann, Heinrich Lorenz, Fritz Baepfow und Heinrich Weniger als ehrenamtlichen Mitgliedern.

## Mitteilungen aus dem Beruf

Noch immer keine Fachauschüsse für die Tabakarbeiter in Aussicht. Am Donnerstag, den 18. Juni hat sich der Bundesrat mit der Errichtung von Fachauschüssen beschäftigt. Es wird darüber gemeldet:

Dem Bundesrat lag ob, auf Grund von § 24 des Handarbeitengesetzes vom 20. Dezember 1911 Ausführungsbestimmungen zu erlassen über die Errichtung und Zusammenlegung der Fachauschüsse sowie über das in diesen Ausschüssen zu betreibende Verfahren. Nachdem diese Vorarbeit für das Reich erledigt ist, können die Landesregierungen zur Errichtung der Ausschüsse schreiten. Hierzu sind die erforderlichen Vorbereitungen längst getroffen. Eine der wichtigsten Entscheidungen betrifft die Abgrenzung der Arbeitsgebiete für die einzelnen Ausschüsse, da selbstverständlich nicht an jedem Ort, in jedem Bezirk und für jede Gewerbebranche besondere Organe geschaffen werden können. Nach den Mitteilungen im Landtag sollen vorläufig nur einige größere Ausschüsse für besonders wichtige Zweige der Handarbeit, z. B. für die Konfektion, bestellt werden. Die Landesregierungen können anordnen, daß bei den Ausschüssen Abteilungen für bestimmte Gewerbebranche oder auch Gruppen gebildet werden. Die Wahlen zu den Ausschüssen sollen unmittelbar und geheim sein. Die Ausschüsse sollen aus der gleichen Zahl von Vertretern der beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeiter sowie einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern bestehen. Der Vorsitzende darf weder Gewerbetreibender noch Hausarbeiter sein. Die Landeszentralbehörde bestimmt die Zahl der Vertreter. Sie ernannt den Vorsitzenden, die Beisitzer und nach Anhörung von beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeitern je die Hälfte der Vertreter. Die andere Hälfte wird mit Stimmenmehrheit auf Seite der Gewerbetreibenden und der Hausarbeiter je von den ernannten Vertretern gewählt. Die von den Fachauschüssen auszuübende Tätigkeit ist bereits im Handarbeitengesetz umrissen.

Trotzdem die Tabakarbeiter darum nachsuchen, scheint man für sie noch keine Fachauschüsse für erforderlich zu halten.

Ueble Folgen der Fälschung einer Wanderkarte. Der Zigarrenmacher Oskar Federowicz aus Potsdam gehörte seit dem 4. 8. 1911 dem Verbands als Mitglied an. F. stand in Lützenwalde in Arbeit und gab diese grundlos auf. F. meldete sich auf Wanderschaft ab und ließ sich eine Wanderkarte ausstellen, auf die er nach den Bestimmungen des Statuts gar kein Anrecht hatte. Das genügte noch nicht, F. fälschte die Wanderkarte durch die Eintragung des Vermerks „gemäßregelt“. Auf diese gefälschte Wanderkarte gelang es F. in einer Reihe von Zahlstellen die Maßregelungsunterstützung zu erheben und zwar hatten sich die Auszahler der Unterstützung in den Zahlstellen Trebbin, Dahme, Zückerberg, Brandenburg, Potsdam, Müncheberg und Bernau täuschen lassen. In Dresden konnte die Wanderkarte konfisziert werden, wo F. den gleichen Versuch machte. Der Vorstand hat den Ausschluß und Strafanzeige beschloffen. Am 18. Juni wurde in Berlin-Moabit gegen F. vor dem Schöffengericht verhandelt. Trotz der vielfachen Angabe bei der Vernehmung, nämlich, „daß er seit Anfang Januar kein Mitglied des Verbandes mehr sei, weil er eingesehen habe, daß er unnütz ausgebeutet ist“, hatte diese Angabe offenbar keinen Eindruck auf das Gericht gemacht, denn die Fälschung und der Betrug wurde durch Zeugen erwiesen. Das Urteil lautet wegen Betrugs und Urkundenfälschung auf 2 Monate und zwei Wochen Gefängnis.

## Bewegungen im Beruf.

Rauen. Die eingeleitete Lohnbewegung, die bei der Firma Karl Pahlis bereits zur Arbeitseinstellung geführt hatte, ist durch erneute Verhandlungen der Verwaltung mit nennenswertem Erfolg beendet. Bei der Firma Erich Pahlis ist es noch vor Ablauf der Kündigung zur Einigung gekommen. Die Firmen erklärten sich bereit, den Minimallohn von 8,50 M. auf 9 M. zu erhöhen und auch die Lohnsätze für die übrigen Sorten aufzubessern und zwar bei einer Sorte um 25 S., bei zwei Sorten um 1 M., bei allen anderen Sorten um 75 S. pro Mille. Die Arbeiterchaft erklärte sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden, und nahmen die Streikenden am 15. Juni die Arbeit wieder auf.

Wemel. Mit der Firma O. Werblowitz, Zigarrenfabrik, ist es nach wiederholten Verhandlungen des Gausleiters zu einer Lohnvereinbarung gekommen. Der Lohnsatz für das Tausend Zigaretten wird um 20 S. erhöht. Die Arbeitszeit, die bisher 10 Stunden täglich betrug, wird auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. Sonnabends beträgt dieselbe 8 Stunden.

Dresden. Die Firma Carl Geißert erklärte sich bereit, den für Dresden festgesetzten Tariflohn zu zahlen und wurde mit der Firma ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Löhne wurden um 90 S bis 1,50 M. erhöht und betragen jetzt 9,50 bis 11 M. pro Mille.

Bannewitz (Bez. Dresden). Für das Auslegen der Zigaretten auf Rahmen forderten die Arbeiter der Firma Gehrbach eine Entschädigung. Die Firma bewilligte 10 S pro Mille. Bei den durch die Gausleitung geführten Verhandlungen erklärte sich die Firma ferner bereit, für eine bessere Einrichtung der Rahmen...











